

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. August 1930

Die englische Krise.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. London, 2. August (Eig. Bericht)

Eine Million neunmalhunderttausend Arbeitslose im Monat Juli: keine andere Ziffer und keine Handelsstatistik könnte deutlicher die Wucht der englischen Wirtschaftskrise ausdrücken. "Im September werden wir zwei Millionen Arbeitslose haben", erklärte J.L. Garvin dieser Tage verzweifelt im "Observer", "und wie wird es Weihnachten aussehen?"

Es ist diese bange Frage nach der Zukunft, die heute das gesamte englische Leben überschattet und ihren Widerhall findet in der politischen Lage des Landes. Wäre die englische Wirtschaftsnot und wäre diese Arbeitslosigkeit in England nur ein Teil und die naturgegebene Folge der Weltwirtschaftskrise, hervorgerufen durch Überproduktion und Absatzstockung, England und seine Parteien hätten sich nicht übermässig mehr zu sorgen und zu mühen, als andere Staaten und ihre parlamentarischen Vertretungen. Für Gross-Britannien kommt jedoch das seit dem Krieg sich von Jahr zu Jahr umschichtende Verhältnis zwischen dem Mutterland und seinem überseeischen Anhang hinzu. Das Wort "Indien" sagt alles, und wenn es eines weiteren Beweises bedürfte, so genügt ein kleines Zitat aus dem "Economist". Darin heisst es: Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist der Wert der englischen Lebensmittelversorgung jährlich von 314,4 auf rund 639 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Der Anteil des Mutterlandes an dieser Versorgung sank von 43,3 auf 39,3 %. Unverändert blieb die ausländische Einfuhr. Hingegen stieg der Anteil der englischen Überseeeländer von 17,7 auf 61,6%. Von 1913 bis 1927 ist der gesamte englische Aussenhandel dem Werte nach von 1184 auf 1799 Millionen Pfund Sterling gestiegen. In derselben Zeit vermehrte sich der Aussenhandel aller britischen Reichsländer von 959 auf 2053 Millionen Pfund Sterling. Ausserdem verringern sich Import und Export zwischen Mutterland und Anhang, und die Handelsziffern zwischen den überseeischen Reichsländern und dem Auslande steigen langsam aber stetig. Mit anderen Worten: die britischen Reichsländer entfernen sich wirtschaftlich von dem Mutterland, werden wirtschaftlich immer selbständiger und damit auch politisch. Hier liegt in Wahrheit die Ursache der Ereignisse in Indien und dessen Drang nach politischer und nationaler Freiheit.

An den Handelsziffern des "Economist" gemessen, ergibt sich, dass die Schwere der englischen Wirtschaftskrise und die Höhe der englischen Arbeitslosigkeit nicht ausschliesslich die Folge jenes von Marx und Engels zum erstenmal aufgedeckten und immer wiederkehrenden kapitalistischen Konjunkturgesetzes sind, sondern mitbedungen durch die Umlagerung und Umschichtung innerhalb des britischen Weltreiches. Deshalb hat die englische Arbeitslosigkeit ein völlig anderes Gesicht als etwa die deutsche oder amerikanische. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland zieht durch das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit in England lastet grösstenteils in einzelnen Distrikten und auf einzelnen Manu-

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abzahlung beiderseits 4 Wochen vor dem Anordnungsdatum, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. August 1930

## Die englische Krise.

Inst. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. London, 2. August (Eig. Bericht)

Eine Million neunmalhunderttausend Arbeitslose im Monat Juli: keine andere Ziffer und keine Handelsstatistik könnte deutlicher die Wucht der englischen Wirtschaftskrise ausdrücken. "Im September werden wir zwei Millionen Arbeitslose haben", erklärte J.L. Garvin dieser Tage verzweifelt im "Observer", "und wie wird es Weihnachten aussehen?"

Es ist diese bange Frage nach der Zukunft, die heute das gesamte englische Leben überschattet und ihren Widerhall findet in der politischen Lage des Landes. Wäre die englische Wirtschaftsnot und wäre diese Arbeitslosigkeit in England nur ein Teil und die naturgegebene Folge der Weltwirtschaftskrise, hervorgerufen durch Überproduktion und Absatzstockung, England und seine Parteien hätten sich nicht übermässig mehr zu sorgen und zu mühen, als andere Staaten und ihre parlamentarischen Vertretungen. Für Gross-Britannien kommt jedoch das seit dem Krieg sich von Jahr zu Jahr umschichtende Verhältnis zwischen dem Mutterland und seinem überseeischen Anhang hinzu. Das Wort "Indien" sagt alles, und wenn es eines weiteren Beweises bedürfte, so genügt ein kleines Zitat aus dem "Economist". Darin heisst es: Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist der Wert der englischen Lebensmittelversorgung jährlich von 314,4 auf rund 639 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Der Anteil des Mutterlandes an dieser Versorgung sank von 43,3 auf 39,3 %. Unverändert blieb die ausländische Einfuhr. Hingegen stieg der Anteil der englischen Überseeeländer von 17,7 auf 61,6%. Von 1913 bis 1927 ist der gesamte englische Aussenhandel dem Werte nach von 1184 auf 1799 Millionen Pfund Sterling gestiegen. In derselben Zeit vermehrte sich der Aussenhandel aller britischen Reichsländer von 959 auf 2053 Millionen Pfund Sterling. Ausserdem verringern sich Import und Export zwischen Mutterland und Anhang, und die Handelsziffern zwischen den überseeischen Reichsländern und dem Auslande steigen langsam aber stetig. Mit anderen Worten: die britischen Reichsländer entfernen sich wirtschaftlich von dem Mutterland, werden wirtschaftlich immer selbständiger und damit auch politisch. Hier liegt in Wahrheit die Ursache der Ereignisse in Indien und dessen Drang nach politischer und nationaler Freiheit.

An den Handelsziffern des "Economist" gemessen, ergibt sich, dass die Schwere der englischen Wirtschaftskrise und die Höhe der englischen Arbeitslosigkeit nicht ausschliesslich die Folge jenes von Marx und Engels zum erstenmal aufgedeckten und immer wiederkehrenden kapitalistischen Konjunkturgesetzes sind, sondern mitbedungen durch die Umlagerung und Umschichtung innerhalb des britischen Weltreiches. Deshalb hat die englische Arbeitslosigkeit ein völlig anderes Gesicht als etwa die deutsche oder amerikanische. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland zient durch das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit in England lastet grösstenteils in einzelnen Distrikten und auf einzelnen Manu-

fakturen, wie Baumwolle und Kohle. England hat Absatzmärkte verloren, die nicht wiederzugewinnen sind. Dazu wächst die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Reichsländer.

"Dieser Herbst wird der schwerste sein in der Geschichte unsres Landes, schwerer als irgend eine Phase des letzten Krieges", prophezeit düster der "Observer". Was Wunder, wenn das Rätselraten und das Durcheinander in der Politik und innerhalb der bürgerlichen Parteien gross ist! Sie sind zwar einig in ihrem Hass gegen Snowden, der die reichen Vermögen belastet und die Einkommensteuer erhöht; einig darin, die Arbeiterregierung zu beschuldigen, sie allein habe versagt und sie trage die Hauptschuld an allen Nöten und Fährden. Aber die gleichen Leute und die gleichen bürgerlichen Parteien wagen es nicht, ihre parlamentarische Mehrheit anzuwenden und das Kabinett MacDonald zu stürzen. Es wäre so einfach und es geschieht dennoch nicht, weil dieses konservative und liberale Bürgertum sehr gut weiss, dass eine andere Regierung ebenfalls vor den gleichen, zur Zeit kaum lösbaren Schwierigkeiten stünde. Ja, diese Bürgerlichen sind sich innerhalb ihrer eignen Reihen nicht einmal einig, was geschehen müsste, um die wirtschaftliche Krise Englands und um die politische Krise des Reiches zu beenden. Und es geschieht, wie wir es auch auf dem Kontinent in den vergangenen Jahren vernommen und immer wieder gehört haben: der Ruf nach dem Führer und den starken Männern ertönt. Zunächst nur innerhalb der Parteien. Das Vertrauen zu Baldwin und Lloyd George ist längst dahin, und wenn sie neute noch nominell an der Spitze ihrer Parteien stehen, so deshalb, weil hinter ihnen nichts Besseres folgt.

In dieser Not haben die nach der Führung der Konservativen und nach der Führung des Landes geizenden Zeitungskönige den alten Schlachtruf erhoben: "Freihandel oder Schutzzoll". Höhere Lebensmittelzölle zur Rettung der Agrarwirtschaft, Zollmauern um das gesamte Imperium gegenüber dem Ausland, Freihandel nur innerhalb des britischen Weltreiches. Dass dabei die Dominien ein wichtiges Wort mitzureden haben, spielt bei der konservativen Agitation kaum eine Rolle. Wie wenig aber die überseeischen Länder geneigt sind, die Zollidee der Beaverbrook und Rothermere zu schlucken, bedarf angesichts der obengegebenen Zahlen keiner besonderen Beweise. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass in England der Gedanke des Freihandels in den letzten Monaten grosse Einbusse erlitten hat. Ein Teil der Liberalen ist schwankend geworden. Das Bankiermanifest, wie es auch zustande gekommen sein mag und wer auch dahinter steht, es ist von ehemaligen Freihändlern und Liberalen mitunterzeichnet. Das macht zwar den Schutzzoll nicht beweiskräftiger, es zeugt lediglich für das Durcheinander und die Ratlosigkeit im bürgerlichen Lager.

Es wäre aber ein Wunder, wenn eine solche, das ganze Land durchzitternde Krise, unbemerkt an der Arbeiterbewegung und an der so eigenartig zusammengesetzten Labourparty vorbeiginge. Es ist das Proletariat, das am unmittelbarsten und schwersten von der Wirtschaftsnot getroffen wird. Es ist die Arbeiterregierung, die in dieser Zeit der schweren Not und in der Not einer schweren Zeit hochgetragen und mit der Verantwortung belastet wurde, ohne dass sie eine Mehrheit besässe oder die Macht, nach eignen Gedanken und Grundsätzen die Geschicke zu meistern. Dieses Arbeiterkabinett fristet sein Leben durch Kompromisse, und wenn auch die bürgerlichen Klassen in England kein deutsches Bürgertum sind, wenn auch kein Baldwin und kein Lloyd George, kein Beaverbrook oder irgend ein Industriemagnat je den Ruf nach einer Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung erhoben hat: das Leben dieser Arbeiterregierung ist dennoch mühselig und beladen genug. Nicht zuletzt wird es ihr in den eignen Reihen sauer gemacht.

Der Freihandel ist natürlich keine Bibel, auf den die Arbeiterbewegung schwören muss, wenn dem Proletariat durch die kapitalistische wirtschaftsweise derartige Wunden wie jetzt geschlagen werden. Selbstverständlich, dass auch die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverbände die Frage erörtern wie das Imperium wirtschaftlich enger zu verbinden und der Warenaustausch

zwischen dem Mutterland und den Reichsländern zu fördern ist. Das wird ein Hauptthema auf dem kommenden Gewerkschaftskongress sein. Ob jedoch die Möglichkeit besteht, die innere Wirtschaftskrise des Imperiums auf irgend eine Weise zu lösen oder wenigstens zu vermindern, das muss die im Herbst tagende britische Reichskonferenz zeigen. Sie wird unter der Führung der Arbeiterregierung zusammentreten und das ist ein Grund von jenen wichtigen, die heute den bürgerlichen Parteien den Mut nehmen, das Labourkabinett zu stürzen. Denn wenn es eine Möglichkeit gibt, das britische Schiff an den gefährlichsten Klippen vorbeizubringen und eine Verständigung zwischen den einzelnen widerstrebenden Reichsteilen herbeizuführen, dann nur durch diese Arbeiterregierung und ihrer Besetzung, die nicht mit den Fehlern und Untugenden der vergangenen Zeiten belastet ist. Das weiss im Grunde keiner besser, als das englisch Bürgertum, und das ist es, worin es sich so sehr und zu seinem Vorteil von dem deutschen unterscheidet.

-----

SPD. Köln, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Breitscheid, sprach am Sonnabend in einer hier abgehaltenen Kreisgeneralversammlung der Sozialdemokratischen Partei über die politische Lage. Der Redner benutzte die Gelegenheit zu einer Erwiderung auf die in der letzten Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe. Breitscheid führte u. a. aus :

"Wenn das Ziel des Wahlkampfes, an dessen Anfang wir jetzt stehen, durch einen einzigen Satz umschrieben werden soll, so ist es der, dass die Sozialdemokratie verhindern muss, dass aus der Minderheit, die bisher hinter der Regierung Brüning stand, eine Mehrheit werde. Eine solche Mehrheit kann sich nur bilden aus allen bürgerlichen Parteien bis zu der Gruppe des Grafen Westar hin. Aber weil diese Gruppe aller Wahrscheinlichkeit nach notwendig sein würde müsste die Regierung gerade auf sie die grösste Rücksicht nehmen, und was das für unsere Verfassung, für unsere innere und auswärtige Politik bedeuten würde, liegt klar auf der Hand. Wenn wir aber eine solche Mehrheitsbildung nicht wollen, müssen wir ganz selbstverständlich unsere Front gegen das Kabinett Brüning und gegen die hinter ihm stehenden Parteien richten. Nicht zuletzt auch gegen das Zentrum, auch wenn es hundertmal wahr sein mag, dass das Zentrum uns, was seine soziologische Zusammensetzung angeht, unter den bürgerlichen Parteien verhältnismässig nahesteht. Wir vergessen auch nicht, dass wir mit dem Zentrum in den Jahren seit der Revolution sehr oft Seite an Seite gekämpft haben, sowohl um die Republik zu verteidigen, wie auch, um die Innehaltung der Linie einer friedlichen Aussenpolitik zu sichern und zur Vertretung sozialpolitischer Forderungen. Aber das kann uns nicht hindern, uns dem System, das unter dem Kabinett Brüning entstanden ist, so energisch als möglich zu widersetzen und alle unsere Kräfte anzuspannen, um die Existenzdauer dieses Systems abzukürzen.

Nun sieht es so aus, als ob die Zentrumsparthei und ihre Führung die Notwendigkeit eines solchen Verhaltens der Sozialdemokratie nicht anerkennen können oder nicht anerkennen wollen. In der Sitzung des Zentrumsparteivorstandes, die vor wenigen Tagen in Berlin stattfand, ist jedenfalls gegen uns sehr grosses Geschütz aufgeföhren worden. Die Reden der drei führenden Männer, des Reichstagsabgeordneten Kaas, des preussischen Landtagsabgeordneten Hess und des Reichskanzlers Brüning selbst waren in ihrer Tendenz fast ausschliesslich gegen uns gerichtet. Man hat uns angeklagt, man hat uns gewarnt, und man hat uns gedroht. Die Anklagen der Zentrumsführer gingen und gehen zunächst dahin, dass wir die Partei, die Regierung und den Reichskanzler gehässig und hämisch attackierten. Nun würde die sozialdemokratische Partei nicht anstehen, eine solche Kampfweise zu beklagen und zu verurteilen, wenn ihr im einzelnen

Fall Ausschreitungen in der Polemik nachgewiesen würden. Unsere sachliche Stellung ist so gut und so stark, dass wir es nicht nötig haben, zu dem Mittel unberechtigter persönlicher Anschwärmungen zu greifen. Aber auf der anderen Seite sollte das Zentrum auch seine Empfindlichkeit nicht übertreiben. In jedem Wahlkampf wird gelegentlich über die Stränge geschlagen. Und die Leitung keiner Partei ist in der Lage, in Gouvernantenart jedes einzelne Parteimitglied und jedes einzelne Parteiblatt in den Schranken des absoluten Salontons zu halten. Ausserdem aber: Wenn wir gegeneinander aufrechnen, so ist es mir sehr zweifelhaft, wer das grössere Schuldkonto hat. Ich erinnere nur an das unsagbar schmähliche Flugblatt, das alsbald nach dem Sturz des Kabinetts Müller aus der Druckerei der Paderborner Volkszeitung hervorging. Ich glaube nicht, dass in irgendeiner sozialdemokratischen Veröffentlichung so schmutzige Verleumdungen von Zentrumsmitgliedern und Zentrumsministern festzustellen sind, wie sie jenes Machwerk über sozialdemokratische Mitglieder und Minister verbreitet hat. Doch ich kann mich des Eindrucks nicht entschlagen, als ob die Zentrumsherren von persönlichen Ansprüchen sprächen, aber in Wirklichkeit die sachliche Kritik meinen. Dieser sachlichen Kritik aber können wir uns nicht enthalten und dürfen wir uns nicht enthalten. Die Situation gebietet, dass sie mit aller Entschiedenheit geführt werde, selbst auf die Gefahr hin, dass uns dann das Zentrum noch einmal mit dem Bruch der Koalition in Preussen droht. Ich kann mir ferner auch nicht vorstellen, dass der Reichskanzler und seine Freunde eine so zarte Haut besitzen und jedes vielleicht verletzende Wort als unerträglich empfinden. Was ihnen unangenehm ist, ist unsere Opposition in der Sache. Sie fürchten von ihr eine Rückwirkung auf die Stimmung ihrer Arbeiterwähler, und nach dem, was in den letzten Monaten geschehen ist, haben sie Grund zu dieser Furcht. Deshalb versuchen sie die Sozialdemokratie mit allen Mitteln ins Unrecht zu setzen und so haben sie sich in der Parteivorstandssitzung auch eifrig bemüht, unsere politischen Sünden ihren Wählern in den düstersten Farben zu schildern.

Herr Kaas hat - übrigens nicht zum ersten Mal - ein sehr abfälliges Urteil über die Schwäche und die Schlappeheit des Kabinetts Müller gefällt. Mangel an Voraussicht und Mangel an Entschlossenheit hat er ihm nachgesagt. Er hat dabei viel Wesens von der Uneigennützigkeit und der Staatstreue des Zentrums gemacht, das trotz der "demagogischen Wahlagitation" der Sozialdemokratie mit ihr gemeinsam eine Regierung gebildet hat. War das wirklich ein so grosses Verdienst? Der alte Bürgerblock war schon vor den Wahlen zerfallen. Die Grosse Koalition war die einzige politische Möglichkeit im neuen Reichstag. Und wenn das Zentrum damals wirklich gezögert hat, in das Kabinett Müller einzutreten, so doch in der Hauptsache nur, weil es Personalansprüche stellte, die nicht befriedigt werden konnten. Das Zentrum war zuerst mit einem und später mit drei Ministern an der Regierung Müller beteiligt. Die Vorwürfe, die man gegen das Kabinett Müller erhebt, richten sich also von selbst auch gegen diese Zentrumsminister und richten sich gegen die Zentrumsfraktion, die ihre Vertreter im Kabinett nicht zu grösserer Energie und zu grösserem Weitblick zu veranlassen vermochte. Der Mangel an Voraussicht soll sich nach Brüning sowohl wie nach Kaas in erster Linie auf finanzpolitischem Gebiete gezeigt haben. Nach meiner Meinung ist niemandem ein Vorwurf daraus zu machen, dass er mit dem gewaltigen Ansteigen der Arbeitslosenziffer, das den Etat so ungeheuerlich belastete, im voraus nicht gerechnet hat. Aber auch das soll man nicht vergessen, dass das Kabinett Müller, als es seine Arbeit begann, vor einem Defizit stand, das bis nahe an eine Milliarde reichte. Und für dieses Defizit tragen die bürgerlichen Vorgänger Hilferdings, darunter auch der Zentrumsfinanzminister Köhler, die Verantwortung. Hilferding hat dann Anfang 1929 einen Etat vorgelegt, der durch die Schaffung neuer Steuern und die Erhöhung von alten das Gleichgewicht herstellen wollte. Seine Vorschläge sind nicht Gesetz geworden, weil namentlich die Deutsche Volkspartei die Steuern ablehnte und weil dann unter führender Mitwirkung des Zentrums und speziell des Dr. Brüning jene Streichungen auf der

Ausgabenseite vorgenommen wurden, die sich nachträglich als undurchführbar und unhaltbar herausgestellt haben. Alle Bemühungen des Kabinetts Müller, durch Anleihen usw. das Loch im Staatssäckel zu stopfen, scheiterten entweder an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien oder an dem des Bankkapitals. Bei der Volkspartei waren damals noch mehr als später alle finanzpolitischen Gedanken auf die Steuersenkung gerichtet. Wenn die Zentrumsführer gar feststellen zu können glauben, dass auch die Sozialdemokratie damals für Steuersenkungen zu haben gewesen sei, so ist das eine Irreführung. Gewiss hat Hilferding als Mitglied eines Kabinetts, in dem er neben Zentrumsleuten und Volksparteilern sass eine Steuersenkung als Ziel aufgestellt. Aber jeder weiss, wie sehr die sozialdemokratische Fraktion, vor allen durch den Mund des Abgeordneten Dr. Hertz, vor Illusionen gewarnt und die ganze abwegige Auffassung bekämpft hat, als ob die Verminderung der Reparationszahlungen eine Herabsetzung der Besitzsteuern im Betrage von Hunderten von Millionen ermöglichen werde.

Aber sehen wir einmal ganz von diesen Einzelheiten ab. Die Herren Kaas und Brünig und noch viel stärker Herr Stegerwald verurteilen heute die Politik des Kabinetts Müller. Gleichzeitig aber wird von Kaas und Brünig der grösste Wert auf die Reststellung gelegt, dass die Behauptung falsch sei, Brünig habe die Regierung Müller stürzen wollen und an der Vorbereitung dieses Sturzes mitgewirkt. Hier scheint mir ein Widerspruch vorzuliegen. Wenn man die Regierung Müller für so unfähig hielt, dann musste man sie beseitigen. Tat man aber alles, um die Grosse Koalition aufrechtzuerhalten, dann ist die abfällige Kritik an ihrer Leitung und an ihrer Politik eine nachträglich gewonnene oder zu agitatorischen Zwecken konstruierte Weisheit. Auch will zu der ganzen Darstellung, wie sie von Zentrumsseite beliebt wird, die auch neuerdings immer wieder erhobene Anklage nicht passen, die Regierung Müller sei gescheitert, weil es der sozialdemokratischen Partei an Verantwortungsbewusstsein gefehlt habe. Absolut fest steht doch, dass durch die Reihen der Deutschen Volkspartei schon seit Monaten der Ruf ergangen war: "Los von der Sozialdemokratie!" Und fest steht ferner, dass das Zentrum im entscheidenden Moment sich den Forderungen der Deutschen Volkspartei, die von dem doch auch von den zentrums- und den volksparteilichen Ministern aufgestellten Sanierungsprogramm abwichen, zuge- neigt hat. Der Vorwurf der Verantwortungslosigkeit ist einer der schwersten, den man gegen die Sozialdemokratie erheben kann. Wir haben wahrhaftig in langen Jahren in Regierung und Opposition den Beweis erbracht, dass wir uns unserer Verantwortung gegenüber dem Staat und gegenüber dem Volk in vollem Umfang bewusst sind. Aber es wird eben der Versuch gemacht, uns die Schuld an einer Entwicklung in die Schuhe zu schieben, die tatsächlich von anderen gewollt und von anderen gefördert worden ist. Die Regierung Brünig musste sich zwangs- läufig zu einer Regierung gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die Arbeiterenschaft entwickeln.

Herr Brünig empfindet es als besonders schmerzlich, dass er in unserer Presse als reaktionär und speziell als sozialreaktionär bezeichnet worden ist. Nun gut, er mag sich für einen sozial fortschrittlichen Menschen halten. Aber es wird doch niemand im Ernst bestreiten können, dass die Massnahmen, die seine Regierung getroffen hat, einen sozial rückschrittlichen Charakter tragen. Gewiss, es handelt sich zum Teil um Massnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherungsanstalt. Aber diese Sanierung wird herbeigeführt, abgesehen von der Erhöhung der Beiträge durch die Verkürzung der Leistungen. Sie hätte früher vorgenommen werden können, wenn im Frühjahr nicht das Zentrum die Volkspartei in ihrem Widerstand gegen die Beitragserhöhung über die  $3\frac{1}{2}\%$  hinaus ermutigt hätte.

In Essen hat Herr Stegerwald kürzlich ausgerufen, die Reichstagsauflösung bedeute für 1930 ganz bestimmt wieder einige hunderttausend Arbeitslose mehr. Kann man es der sozialdemokratischen Presse wirklich verübeln, wenn sie angesichts eines solchen Satzes von Demagogie spricht? Trägt etwa die Reichstagsauflösung Schuld daran, dass die grossen Industriekonzerne Tausenden von Angestellten kündigen, weil diese sich mit einer Herabsetzung ihrer Gehälter nicht

einverstanden erklären wollen? Sind diese Industriekonzerne nicht wenigstens zum Teil die Geldgeber der Parteien, mit deren Hilfe Brüning seine Mehrheit aufbauen will? Es wird wirklich eine noch grössere Redegabe dazu gehören, als die es ist, über die die Herren Haas und Brüning verfügen, um den Arbeitern klar zu machen, dass wir nicht in eine Periode der sozialen Reaktion eingetreten sind. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung sass, ist der Ansturm des Unternehmertums gegen die Errungenschaften der Sozialpolitik aufgehalten worden. (Nordwestdeutsche Eisenindustrie usw.). Seitdem das Kabinett Brüning regiert, haben diejenigen freie Bahn, die mit Herrn Dr. Scholz erklären, dass ein Haltesignal für den sozialen Fortschritt aufgerichtet werden müsste. Die Politik des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wissell ging dahin, das zu erhalten, was in den 10 Jahren nach der Revolution für das arbeitende Volk erworben worden ist. Und sie ging nicht zuletzt dahin, das zu erhalten, was der Zentrumsarbeitsminister Brauns hatte schaffen helfen. Es waren die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied, die dem sozialdemokratischen Arbeitsminister in den Arm gefallen sind.

Die Sozialdemokratie ist bereit gewesen, an der Finanzreform mitzuarbeiten. Sie hat Richtlinien aufgestellt, Richtlinien, die eine Basis für Verhandlungen hätten abgeben können. Herr Brüning erklärt jetzt, es sei mit uns verhandelt worden. Aber er macht mir persönlich gleichzeitig einen Vorwurf daraus, dass ich von diesen Verhandlungen von der Tribüne des Reichstags aus Kenntnis gegeben habe. Ich vermag die Berechtigung einer solchen Beschwerde nicht anzuerkennen. Dass mit uns gesprochen worden war, stand in der bürgerlichen Presse zu lesen. Die Besprechungen selbst sind etwas merkwürdiger Art gewesen. Ich kann sie heute so wenig wie damals als ernsthaft bezeichnen. Aber es musste verhindert werden, dass die Dinge nachträglich so dargestellt wurden, als seien Verhandlungen an unserer Hartnäckigkeit gescheitert, und deshalb habe ich den Brief verlesen, der von Hermann Müller und mir an Herrn Esser vom Zentrum gerichtet worden ist. Darin war gesagt, dass weitere Verhandlungen nur Zweck hätten, wenn auf die Bürgerabgabe, die damals noch in ihrer rohesten Form gefordert wurde, Verzicht geleistet würde. Dazu sei, so sagte mir Herr Esser mündlich, die deutsche Volkspartei nicht bereit. Jetzt aber gehen die Herren vom Zentrum sogar so weit, die Notwendigkeit der Bürgerabgabe mit der Misswirtschaft in Gemeinden mit sozialistisch-kommunistischer Mehrheit zu begründen. Die gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten der Gemeinden sind aber nicht eine Folge finanzieller Misswirtschaft, sondern die Folge der Wirtschaftskrise und der verfehlten Konstruktion der Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinden in ihrer Gesamtheit haben heute 500 000 Wohlfahrtserwerbslose zu unterstützen und müssen dafür im Jahr etwa 400 bis 450 Millionen ausgeben. Von dieser Belastung waren sie im Jahre 1927 frei. Es ist klar, dass die Folgen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit sich besonders stark in den Gemeinden mit grosser Arbeiterbevölkerung bemerkbar machen müssen. Da diese Gemeinden vielfach auch sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten haben, haben ihre finanziellen Schwierigkeiten nicht so sehr mit der Zusammensetzung ihres Gemeindeparlamentes als mit der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung zu tun. Jedenfalls bleiben wir dabei: Es wäre für eine Finanzreform, allerdings für eine, die nicht mit dem Abbau der sozialen Leistungen beginnt, an sich eine Mehrheit im Reichstag vorhanden gewesen, wenn man nicht die Sozialdemokratie grundsätzlich ausgeschaltet hätte. Es wäre auch eine Mehrheit vorhanden gewesen für ein System des Ankurbelns der Wirtschaft, wenn dieses Ziel nicht erreicht werden sollte durch Abbau der Löhne, sondern durch ein energisches Vorgehen gegen die Preispolitik der Kartelle und durch Eingreifen der Ersparnisse an den Ausgaben, namentlich an denen des Wehretats. Sozialdemokratisches Sparprogramm. Demgegenüber 100 ungewisse Millionen der Regierung. Sparpläne des Hansabundes. Ich gebe zu, Herr Brüning konnte den Weg zu uns nicht mehr finden. Aber das lag eben daran, dass er sich ohne viel Besinnen zu der Bildung der Bürgerblockregierung bereitgefunden hatte. Es blieben ihm zuletzt nur noch zwei Wege:

entweder der des Rücktritts oder der des Artikels 48. Zu dem Rücktritt entschloss er sich nicht. Er griff zu dem Art.48, und er beruft sich jetzt auf seine Zwangslage. Aber in diese Zwangslage hatte er sich selbst versetzt in dem Augenblicke, als er sich an die Spitze einer Regierung ohne und gegen die Sozialdemokratie stellte und auf keinen Fall besitzt er eine innere Rechtfertigung für das Verlassen des parlamentarischen Weges.

Meine Auseinandersetzung mit dem Zentrum war eine Notwendigkeit. Wir müssen den einseitigen Darstellungen und Behauptungen seiner führenden Persönlichkeiten entgegentreten. Wir müssen dafür sorgen, dass die Ausgangspunkte und die Ziele des Kampfes, den wir gegen die Regierung Brüning und gegen die Bürgerblockparteien zu führen genötigt sind, nicht verdunkelt werden. Wir wollen, um es noch einmal zu sagen, den Kampf ohne persönliche Gehässigkeit, ohne Verdrehung der Tatsachen, in rein sachlicher Weise und durchaus im Einklang mit der Wahrheit führen. Wir wollen - auch das sei betont - wie immer, so auch diesmal, das Zentrum nicht etwa von der religiös-konfessionellen Seite her angreifen. Wir halten daran fest, dass Religion Privatsache des einzelnen Menschen ist. Für uns kommt es nicht darauf an, wie einer über das Jenseits denkt wenn er nur zur Lösung der diesseitigen Fragen mit uns zusammenstehen will. Im Zentrum sind zweifellos starke Kräfte vorhanden, die von der angeblich religionsfeindlichen Sozialdemokratie loswollen und bei der Rechten Anschluss suchen. Und neben ihnen stehen andere, denen Abneigung gegen die uns nachgesagte Religionsfeindlichkeit und das Mäntelchen für die Verdeckung ihrer sozial- und wirtschaftlich reaktionären Motive ist. Ob sie einmal siegen werden, das wird wirklich nicht von der politischen Kampfweise der Sozialdemokratie abhängen. Die Frage ist nur, ob um dieser Strömungen willen das Zentrum eine Regierung zerbrechen will, die doch wohl auch nach seiner Überzeugung Jahre hindurch dem Lande Preussen und dem deutschen Reiche die denkbar wertvollsten Dienste geleistet hat und bei der ausserdem das Zentrum als Partei wahrhaftig nicht schlecht gefahren ist. Sollte es sich zu einem solchen Bruch entschliessen, so wäre der Vorwurf der Verantwortungslosigkeit wirklich am Platz."

-----

SPD. Paris, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der Textil- und Metallarbeiterstreik im Liller Bezirk hat sich im Laufe des Sonnabend auf Roubaix, Tourcoing und Halluin ausgedehnt. Die Zahl der Streikenden hat sich damit auf 120 000 Mann erhöht. Sie wird am Montag nach der Proklamierung des Generalstreikes voraussichtlich auf über 300 000 steigen.

-----

SPD. Bombay, 2. August (Eig. Drahtb.)

In Bombay ist es in der Nacht zum Sonnabend wiederum zu grossen Demonstrationen gekommen. Vallabhai Patel, der gegenwärtige Vorsitzende des Nationalkongresses und Bruder des Expräsidenten, führte viele Tausende seiner Anhänger in geschlossenem Zuge gegen das Europäer-Viertel. Mit Patel marschierten die bekanntesten in Freiheit befindlichen indischen Führer. Die Polizei hatte die Strassen des Europäer-Viertels abgeriegelt. Die Demonstranten liessen sich deshalb vor dem Viertel auf der Erde nieder. Trotz des später einsetzenden stundenlangen heftigen Regens blieben die Menschen die ganze Nacht über auf der Erde liegen, ohne zu wanken und zu weichen. Gegen Morgen erhielt die Polizei den Befehl, die mit Menschen dicht besäten Strassen zu räumen. Es kam zu schweren Kämpfen. Etwa 300 Inder wurden verletzt. Unter den zahlreichen Verhafteten befinden sich ausser 40 Frauen auch Patel und seine Tochter, sowie der bekannte indische Führer Malavya. Die Tochter des Ministerpräsidenten von Bikamir hatte ebenfalls an der Demonstration teilgenommen. Mit Patel sitzt jetzt der dritte Nachfolger Gandhis im Gefängnis.

Die neusten Kämpfe sind umso bedauerlicher, als sie unter Umständen einer schweren Rückschlag in die zurzeit schwebenden Friedensverhandlungen bringen können. Wahrscheinlich sind diese Demonstrationen auch aus diesem Grunde von den, jeder Verständigung abgeneigten indischen Nationalisten organisiert worden. Die grosse Zahl der Verwundeten und die Verhaftung Patels werden wiederum viel böses Blut schaffen. Soll aber in Indien eine Verständigung zustande gebracht werden, so bedarf es nicht zuletzt der Mitwirkung und der Zustimmung der Volksmassen. Andernfalls bleiben alle Verträge ein wertloses Stück Papier. Heute aber schon sind diese Volksmassen von den Nationalisten derart radikalisiert, dass es nach solchen Zwischenfällen wie dem jetzigen den gemässigten Führern sehr schwer fallen wird, ihre Anhänger in der Hand zu behalten. Das zeigt sich vor allem in der immer weiter um sich greifenden Boykottbewegung. Sie ist bereits soweit gediehen, dass die Waren für Innerindien auf den Bahnhöfen der Hauptstädte angehalten, nicht durchgelassen und teilweise aus den Wagen auf die Strasse gestreut wurden. Selbst ausverkaufte Sonderzüge für Wettrennen unter englisch-indischer Flagge sind sabotiert worden, sodass die Fahrgäste umkehren mussten.

Inzwischen wächst die Arbeitslosigkeit! Das Wirtschaftsleben in den Hauptstädten erlahmt immer mehr und die Rückwirkungen auf England sind wöchentlich aus der auch hier unheimlich zunehmenden Arbeitslosigkeit abzulesen. Die Gefahr, dass Sir John Simon an der englisch-indischen Konferenz dennoch teilnehmen könnten, indem ihn jetzt die Liberalen als ihren Delegierten bestimmen, wie es vor allem die Konservativen gewünscht hätten, ist zwar durch einen nunmehr bekannt gewordenen freiwilligen Verzicht Simons abgewendet. Damit allein ist es jedoch nicht getan, dass die Konferenz stattfindet, es gilt ihre Autorität sicherzustellen. Und dies muss die englisch-indische Regierung erreichen trotz aller Steine, die ihr von den indischen Nationalisten in den Weg geworfen werden.

SPD. Paris, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der Abgeordnete Ybarnegaray hat dem französischen Aussenminister nach der Nachricht von dem Urteil von Weissenfels gegen den französischen Schwimmer Cuvelier schriftlich mitgeteilt, dass er ihn wegen der Affäre sofort nach dem Zusammentritt des Parlamentes zu interpellieren gedenke.

Der "Intransigeant" erklärt, das Urteil von Weissenfels sei in erster Linie eine Verurteilung der deutschen Justiz selbst. In Weissenfeld habe sich derselbe Geist kundgetan, der im Rheinland gegen die Separatisten gewütet habe. Hier wie dort seien Unschuldige für ein imaginäres Verbrechen bestraft worden. Der "Paris Midi" bemerkt, dass das Gericht von Weissenfels einen furchtbaren Schlag gegen die deutsch-französische Verständigung geführt habe, an der Stresemann die besten Jahre seines Lebens gearbeitet und für die er sich buchstäblich aufgeopfert habe. Einige Radaubröder hätten heute in Deutschland noch die Macht, dieses mühsam aufgerichtete Gebäude des grössten Staatsmannes mit einem einzigen Schlag zu zerstören. Es sei verzweifelnd, zu sehen, dass sich nicht ganz Deutschland wie ein Mann gegen das Skandalurteil erhoben habe.

SPD. Die Presse der Volkspartei macht dem Führer der neugegründeten "Staatspartei" Koch-Weser seit Tagen den Vorwurf, dass an seiner übereilten Handlungsweise, seiner Gründung der Staatspartei hinter dem Rücken der volksparteilichen Führung, die grosse Sammlung der Mitte gescheitert sei. Auf diese Vorwürfe hat Herr Koch-Weser am Sonnabend mit einem Brief an Herrn Scholz geantwortet, in dem er sich nach wie vor zur Sammlung der grossen Mitte bekennt und sich Herrn Scholz gegenüber zur Ermöglichung dieser Sammlung bereit erklärt, auf die Führung der Staatspartei zu verzichten, wenn auch Herr

Scholz von seinem Amt als Führer der Volkspartei zurücktrete und Harakiri übt. Auf diesen Brief, der zweifellos in der festen Überzeugung geschrieben wurde, dass Scholz nicht zurücktreten würde und dessen tiefere Absicht ist, der Volkspartei die Schuld an dem Scheitern der grossen Sammlung zuzuschieben, hat das parteiamtliche Organ der Volkspartei noch am Sonnabend mit einer Erklärung erwidert, die Kochs Überzeugung als berechtigt bestätigt und besagt, dass für Herrn Scholz nicht der geringste Grund zum Rücktritt bestände. Wörtlich heisst es in der Erklärung weiter :

"Es ist gelinde gesagt naiv, wenn Herr Koch-Weser, weil er gescheitert ist, nun auch den Rücktritt des Herrn Dr. Scholz fordert, obwohl diesem die gesamte Deutsche Volkspartei und vor wenigen Tagen noch der Reichsaus-schuss der D.V.P. einstimmig das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen haben. Es liegt hier aber nicht nur ein persönlicher, sondern auch ein grundsätzlicher Irrtum von Koch-Weser vor. Ein Führerproblem kann überhaupt nicht dadurch gelöst werden, dass gewisse Schichten die Führung für sich in Anspruch nehmen, sondern nur, wenn die dazu geeignete grosse Persönlichkeit da ist. Persönliche Rücksichten irgendwelcher Art sind für Herrn Dr. Scholz überhaupt niemals in Frage gekommen. Wir verweisen nur auf seine diesbezüglichen Erklärungen, die er bereits auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei abgegeben hat. Aber wo ist neute die ganz über-ragende Persönlichkeit, die einen solchen Einfluss und eine solche politi-sche Bedeutung hat, dass hinter sie die bewährten Führer der politischen Parteien ohne weiteres zurücktreten müssen? Sollte etwa Herr Mahraun diese Persönlichkeit sein? Die Deutsche Volkspartei hat jedenfalls keine Veran-lassung, sich mit dem Führerproblem zu beschäftigen, weil Herr Koch-Weser gescheitert ist. Darüber hinaus wird die Deutsche Volkspartei, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusam-menfassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien hierüber zu verhandeln."

So versucht der eine dem anderen die Schuld an der gescheiterten Samm-lung zuzuschieben. In Wirklichkeit wollen beide Seiten die "grosse Mitte" nicht, weil ausser den persönlichen Gegensätzen auch solche sachlicher Art vor-handen sind, die z.Zt. noch unüberwindbar scheinen. Aber man tut so als ob man gern möchte, um vor der Wählerschaft rein dazustehen und doch will man in Wirklichkeit garnicht. So erweist sich das Hin und Her zwischen Volkspartei und Staatspartei als ein Narrenspiel, das selbst den Unbeteiligten langsam anekelt.

+ + +  
Im Gegensatz zu dem Bestreben der Berliner Leitung der Volkspartei, die eigene Partei unter keinen Umständen in der Staatspartei aufgehen zu lassen, fordern einzelne volksparteiliche Ortsgruppen die Verschmelzung bei-der Organisationen. Sie verkennen, wie bereits oben gesagt, dass auch die Führung der Staatspartei diese Verschmelzung im ernst garnicht will. Neuerdings hat der Landesverband Lübeck der Deutschen Volkspartei eine gegen die Berli-ner Leitung gerichtete Entschliessung gefasst, in der es heisst :

"Der Landesverband Lübeck der Deutschen Volkspartei bedauert, dass die Berliner Parteileitung das Gebot der Stunde verkennt. Das Gebot der Stunde heisst nicht Sammlungsbemühungen, sondern Zusammenschluss zu neuer Einheit. Diese ist durch Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung nicht er-reichbar, sondern nur durch mannhaftete, verantwortungsbewusste Führertat. Solche Tat erwartet der Landesverband der Deutschen Volkspartei Lübeck von der Verliner Führung."

Wie die "mannhaftete Tat" aussehen soll, bleibt das Geheimnis der Deutschen Volkspartei, Landesverband Lübeck.

SPD. Karlsruhe, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas ist am Sonnabend gestorben. Ein schweres inneres Leiden hinderte ihn schon seit Monaten an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit. Mit Haas wird ein ehrlicher Demokrat und guter Republikaner zu Grabe getragen.

SPD. Als vor wenigen Tagen in der Beerdigungsstunde der deutschen Demokratischen Partei Professor Dr. Quidde, der greise Pazifist, auf die antisemitischen Tendenzen des Jungdo hinwies, erhob sich Herr Koch-Weser und erklärte: "Mahraun hat uns die feste Versicherung gegeben, dass er nie Antisemit gewesen sei und den Antisemitismus entschieden ablehne." Jetzt wird ein Brief bekannt, den Herr Mahraun am 1. Mai 1930, also vor knapp drei Monaten, an einen gewissen Herrn von Schönau, der, wie verlautet, einer der engeren Funktionäre des Jungdeutschen Ordens ist oder war, geschrieben haben soll und in dem es heisst:

"Im übrigen könnt Ihr beruhigt sein, dass die "Volksnationale Reichsvereinigung" mit aller Schärfe gegen das Judentum sich verwahren wird, das an den Grundsätzen unserer christlichen und deutschen Kultur rütteln will."

Ist nun Herr Mahraun "nie Antisemit gewesen" wie Koch-Weser im demokratischen Parteiausschuss erklärte, oder war er doch Antisemit, der sich zwecks Vermeidung einer Pleite der Volksnationalen Herrn Koch-Weser in die Arme warf und innerhalb ganz kurzer Zeit zum Philosemiten wurde? Hat er seine Gesinnung von gestern gegen den Preis der Teilnahme an der Führung der Staatsbürgerpartei verkauft oder nicht?

SPD. Düsseldorf, 2. August (Eig. Drahtb.)

Das Arbeitsgericht in Düsseldorf hat die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband wegen Verletzung der Friedenspflicht durch die Arbeitgeber der Metallindustrie Nordwest, d.h. wegen des Abbaus der übertariflichen Angestelltenbezüge auf Grund des Oeynhausener Schiedsspruches angestrengte Klage abgewiesen. Das Gericht sagt in der Begründung seines Urteils, dass die Friedenspflicht durch den konjunkturell bedingten Gehaltsabbau nicht verletzt sei.

Zwischen der Klage des DHV gegen Arbeit Nordwest und dem Berliner Metallkonflikt ist in der Presse eine Parallele gezogen worden. Man rechnet deshalb mit Auswirkungen des Ausgangs der Düsseldorfer Klage auf den Berliner Konflikt. Die Situation in Arbeit Nordwest ist jedoch nicht die gleiche wie die im Angestelltenkonflikt der Berliner Metallindustrie. In Berlin werden sich die Verbände der Angestellten in den nächsten Tagen über die Einreichung einer Feststellungsklage wegen der Arbeitszeit- und Gehaltskürzung schlüssig werden.

SPD. Bukarest, 2. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend wurde in dem in der Bukowina gelegenen Badeorte Dorana gegen das Wohnhaus eines jüdischen Einwohners eine Bombe geworfen, die jedoch nicht explodierte. Unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftete die Gendarmerie den Führer der Nationalsozialisten in der Bukowina, Danila, der jedoch nach kurzer Haft entflohen ist. In seinem Gepäck fand die Polizei eine Gra-nate französischer Herkunft. Die Regierung ordnete daraufhin die sofortige Verhaftung zahlreicher Nationalsozialisten an und scheint im Begriff zu sein, nunmehr mit aller Energie gegen die Unruhestifter vorzugehen. Der Generalinspektor der rumänischen Sicherheitspolizei hat sich an den Tatort begeben.

SPD. Paris, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der italienische Botschafter in Paris hat dem französischen Ministerpräsidenten am Sonnabend folgendes Telegramm Mussolinis zur Kenntnis gebracht: "Ich bitte Sie, Herrn Tardieu meinen lebhaften Dank auszusprechen für die freundschaftlichen Worte, die er in seiner Rede in Nancy gefunden hat." Der Dank Mussolinis, der mit reichlich 8 Tagen Verspätung hier eingetroffen ist, beweist, dass sich in den Beziehungen zwischen Italien und Frankreich wenigstens nach der Richtung der Höflichkeit hin einiges gebessert hat.

---

SPD. Kopenhagen, 2. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend brach auf einem Rittergut in der Nähe von Randers ein Feuer aus, dem ein 54 jähriger Viehhirt, seine Frau und seine zwei Kinder zum Opfer fielen. Die ganze Familie verbrannte bei lebendigem Leibe. Das Feuer entstand beim Spielen der Kinder mit Streichhölzern.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# W. A. s aus aller Welt

Sie schossen mit Dum=Dum...!

Die Mörder von Röntgental und ihre Waffen.

SPD. Berlin, 2. August (Eig. Ber.)

Wieder ein schwarzer Tag.

Im Röntgentaler Mordprozess wurde am Sonnabend die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Ist, wie so oft, kein guter Tag für die nationalsozialistischen Verbrecher. Zeuge um Zeuge marschiert auf und alle belasten sie die Hitlerleute aufs Schwerste. Da nützt auch das schäumende Temperament der Anwälte nichts. Der Arbeiter Karl Kant, der die Bahnhofstrasse entlang ging, hörte Pfiffe und auch den Ruf: "Achtung, Kanonen heraus!" Die Schüsse kamen von verschiedenen Stellen, das Lokal Meisel war von den feuernden Nazis anscheinend unter Ringfeuer genommen worden. Der Zeuge hörte einen Verwundeten laut stöhnen und brachte dann später mit zwei Bekannten den sterbenden Kubow ins Krankenhaus. Heinrich Kant, der Bruder des Zeugen, hatte dieselben Erlebnisse wie Karl.

25 Schüsse...

Der 20jährige Alfred Lenk, der sich auf dem Nachhauseweg befand, hörte kurz nach 10 Uhr eine Anzahl Schüsse, die aus ziemlicher Nähe auf das Lokal Meisel abgegeben wurden. Er sah das Mündungsfeuer und blieb stehen, um den Mördern nicht in die Hände zu geraten. Günther Görlitzer, ein 19jähriger Jungkommunist, kam von einem Heimabend der kommunistischen Jugend und hörte in der Triftstrasse Schüsse. Bei Meisel angelangt, sah er die wütendste Zerstörung, die Scherben der zerplitterten Scheibe lagen weit im Umkreis umher. Die Zeugin Gertrud Lange, ein 18jähriges, politisch indifferentes Mädchen, hörte an der Ecke Bahnhof-Schillerstrasse etwa 25 Schüsse und sah den Angeklagten Kukelinski auf der Flucht in eine Nebenstrasse entweichen. Das ist nun zum dritten Mal, dass Kukelinski genau gesehen worden ist. Der Nationalsozialist Schulz, der mit dem Parteiabzeichen der Nazis an der Mütze in den Gerichtssaal kommt, kennt zwar einige Angeklagte, will mit der Sache aber nichts zu tun haben. Als Rechtsanwalt Joachim, der Nebenkläger, von dem Zeugen die Angabe seines Sturms verlangt, wird er - sehr unruhig und versucht ausweichend zu antworten. Er behauptet jedoch nochmals, in Röntgental "nicht gewesen" zu sein und wird schließlich, da nichts weiter festzustellen ist, vereidigt.

Sie mordeten mit Dum=Dum...

Sehr interessant ist die Bekundung der Hausangestellten Bassermann, die im Lokal von Meisel beschäftigt ist. Die Zeugin hat beim Aufräumen in dem verwüsteten Lokal ein typisches Dum=Dum=Geschoss gefunden. Das mörderische Metall an der Spitze abgefeilt und abgeplattet, hätte, wenn es jemand getroffen hätte, schreckliche Verwundungen angerichtet. Ein Kriminalbeamter nahm das Geschoss, das Frau Meisel dicht am Kopf vorbeiging, mit. Zur Zeugin Bassermann sagte der Beamte: "Wenn das Frau Meisel gegen den Kopf bekommen hätte, wäre sie bestimmt erledigt gewesen". Somit ist erwiesen, dass die nationalsozialistischen Mordbuben selbst nicht davor zurückgeschreckt sind, mit Dum=Dum zu schießen.

Ein wichtiges Zeugnis.

Der Zeuge Otto Gebauer, der als gänzlich Neutraler in den blutigen Feuerüberfall hineingeraten ist, macht wohl die wichtigste Aussage dieses Tages. Seine Bekundung beweist einwandfrei, dass aus dem Lokal Meisel nicht geschossen worden ist. Der Zeuge war auf dem Nachhauseweg in seine in der Triftstrasse gelegene Wohnung, als er plötzlich wüsten Lärm und eine Anzahl Schüsse hörte.

Gebauer beschleunigte seine Schritte, um nicht in den Trubel hineinzugeraten. Gerade als er dabei war, das Gartentor aufzuschliessen, wurde er von links her von einer Kugel getroffen, die ihm das Armgelenk durchschlug und dann in den Schenkel ging. Blutend und einer Ohnmacht nahe sprang der Zeuge über den Gartenzaun und legte sich etwa eine halbe Minute flach auf den Erdboden. Dann schleppte er sich in seine Wohnung und liess den Arzt holen. Von grösster Bedeutung ist es nun, die Schussrichtung der Kugel festzustellen, die den Arm des Zeugen durchschlug. Als Rechtsanwalt Hildebrand die Frage stellt, ob Gebauer glaube, dass aus Meisel auf ihn geschossen worden sei, erklärt der Zeuge: "Das halte ich nach reiflicher Ueberlegung für völlig ausgeschlossen. Ich hätte ja dann eine ganz andere Stellung einnehmen müssen, als mich die Kugel traf. Wenn der Schuss von Meisel gekommen wäre, so würde die Kugel einen richtigen Bogen gemacht haben. - -" Der Vorsitzende dringt weiter in den Zeugen und fragt ihn, warum er sich dann nicht weiter nach dem Schützen umgesehen habe. Gebauer erwidert: "Nein, Herr Vorsitzender, ich hatte "die Neese voll". Ich ging rauf, legte mich ins Bett und liess einen Arzt holen." Die Aussage des Zeugen, der einen sehr zuverlässigen Eindruck macht, soll im Lokaltermin nachgeprüft werden, da sie für die Beurteilung der Schuldfrage von besonderer Wichtigkeit ist.

#### Morddrohungen gegen Zeugen und Staatsanwalt.

Während so die Chancen der Röntgentaler nationalsozialistischen Mordbuben von Tag zu Tag sinken und die Verteidigung eine Schlappe nach der andern erleidet, tun die verzweifelten Nazis alles, um mit mehr als fragwürdigen Mitteln ihren Kumpanen den Rücken zu stärken. Den Gipfelder Gemeinheit erklimmt aber in seiner Nummer 62, datiert vom 3. August, der "Angriff" des Herrn Göbbels, der in einem von wüsten Beleidigungen des Staatsanwalts und des Nebenklägers strotzenden Bericht sich zu offenen Morddrohungen gegen die Reichsbannerzeugen versteigt. Von Rechtsanwalt Joachim wird gesagt, dass er der Vertreter der "jämmerlichsten Organisation sei, die je in Deutschland existiert habe". Gegen den Staatsanwalt Dr. Stehnic, dessen Aktivität den angenehmen Zeitgenossen rund um Göbbels auf die Nerven fällt, werden sehr eindeutige Drohungen ausgestossen, es heisst u. a. in der Sudelei: "Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehnic! Wir klagen nicht an und ballen Ibrätwegen auch nicht die Fäuste. Wir registrieren nur und warten auf den Tag - der legalen Abrechnung! Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehnic! Ich habe "Angst" um Ihre zukünftige Laufbahn - -". Ganz offene und brutale Morddrohung aber ist der folgende Satz: "Herr Staatsanwalt und Herr Nebenkläger, wir sehen uns Ihre Zeugen sehr, sehr genau an - und wachen über das Geschick unserer Parteigenossen". Es ist als sicher anzunehmen, dass die Staatsanwaltschaft gegen diese Pressapachen, zu deren Kennzeichnung jeder parlamentarische Ausdruck fehlt, die nötigen gerichtlichen Schritte ergreifen wird. Es liegt hier unbedingt Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, wenn nicht Schlimmeres vor. Sache des Gerichts wird es sein, gegen Auch=Journalisten, die sich derartige Exzesse erlauben, mit der notwendigen Schärfe einzuschreiten. Rechtsanwalt Joachim, der Nebenkläger, hat Strafantrag gegen das nationalsozialistische Sudelblatt gestellt.

+ + +  
"Abdeckerwilli" greift an.

Ein beispielloser Raubüberfall in Berlin.-Die finstere Kneipe in der Lange-Strasse.- "6 Mollen" und 4 000 Mark Lohngeider.- Verbrecherjagd auf dem Dach

Am Schlesischen Bahnhof, dort, wo der Koppenkeller liegt, ganz in der Nähe jenes fast historisch gewordenen Lokals, in dem sich die wilde Schlacht zwischen dem Verein "Immertreu" und den Zimmermannsgesellen abspielte, ist eigentlich immer etwas los. In nächtlicher Stunde, wenn der Alkohol seine Schuldigkeit getan hat, sind hier blutige Schlägereien an der Tagesordnung und manche mit dem Geschick des Routiniers geklaute Briefftasche wandert in die tiefe

Tasche eines Unberechtigten. Immerhin, was sich am Sonnabend vormittag am Schlesischen Bahnhof ereignete, während die warme Augustsonne auf das Leben und Treiben der Grosstadt heruntersah, ist auch für das Schlesische Bahnhofsviertel eine wirkliche Seltenheit! -

+  
Der Baumeister Dietrich, ein kräftig gebauter, untersetzter Mann, hatte in Berlin etwa 4 000 Mark Lohngeelder abgehoben und beabsichtigte, sie zu seiner Firma in Adlershof zu bringen. Kurz vor dem Schlesischen Bahnhof kam er auf den verhängnisvollen Gedanken, vor der Abfahrt noch ein Gläschen Bier zu trinken und suchte eine Kneipe in der Langestrasse auf. Nichtsahnend trank der Mann an der Theke eine "Molle" und wollte schon das Lokal verlassen, als mit schnellen Schritten ein vierblättriges Verbrecherkleblatt auf ihn zuschritt und ihn im Nu umzingelte. Ein langer, sehr finster aussehender Geselle fasste den Baumeister am Rock und sagte ihm, er hätte noch sechs Mollen zu bezahlen und solle schleunigst wieder in das Lokal zurückkommen. Der Baumeister sagte: "Was fällt Ihnen ein. Ich habe meine Zeche bezahlt! Lassen Sie mich in Frieden". Darauf fielen die Vier auf offener Strasse über den Mann her, schlugen ihn nieder, griffen ihn beim Kopf und den Füßen und schleppten ihn wieder in das Lokal zurück. Drin angelangt bekam der Baumeister einen furchtbaren Hieb über den Schädel und flog gegen den Schanztisch. Als er wieder zu sich kam, hatten die Verbrecher die Wirtschaft längst verlassen. Blitzartig kam dem Ueberfallenen die Erkenntnis, dass man ihn beraubt habe. Er griff nach der Brieftasche, sie war verschwunden. Nun stürzte der Baumeister unter wildem Rufen: "Halte sie fest! Sie haben gestohlen!" den Verbrechern nach. Die ganze Strasse geriet in Aufruhr, hunderte von Leuten liefen hinter den räuberischen Burschen her, die nach allen vier Richtungen der Windrose enteilten, um ihre Verfolger zu verwirren. Zwei Schupobeamteten gelang es, einen der Täter festzunehmen, der in ein Haus in der Madaistrasse geflüchtet und durch eine Luke aufs Dach geklettert war, wo er sich hinter einem Schornstein versteckt hielt. Ein Beamter griff ihn und schleppte ihn unter grössten Schwierigkeiten über das Dach die Bodentreppe hinunter.

+  
Gleichzeitig hatten eine Anzahl Leute beobachtet, wie ein anderer in einem Keller in der Koppenstrasse Unterschlupf suchte, in dem die Unterwelt dieser Gegend zu verkehren pflegt. Man nahm eine Razzia vor und konnte den Mann zuerst nicht feststellen. Schliesslich fand man ihn unter einem Tische versteckt und in ein Fell eingewickelt. Die Ermittlungen, die das Polizeipräsidium in dieser beispiellosen Wildwestaffäre angestellt hat, haben ergeben, dass die Attentäter zu einer grosszügig organisierten Bande von etwa 25 Mann gehören, die sich in den Gastwirtschaften rings um den schlesischen Bahnhof verteilt hält und besonders ahnungslosen Provinzreisenden auflauert, um sie dann mit der Gründlichkeit "auszunehmen". Nach den beiden anderen Verbrechern wird noch gefahndet. Der lange finstere Geselle, der den Baumeister zuerst am Rock kragen fasste und seinen Komplizen damit das Signal zum Ueberfall gab, soll ein 34 Mal vorbestrafter Schwerverbrecher aus Westdeutschland sein, der in "Kollegenkreisen" den Namen "Abdeckerwilli" führt. Wahrscheinlich, weil es seine Spezialität ist, die Fremden "abzudecken".

+ + +  
Krokodilplage. In Belgisch-Kongo hat die Krokodilplage einen derartigen Umfang angenommen, dass die Verwaltung der Kolonie sich zu einem förmlichen Kriege gegen die lebenden Exemplare wie gegen ihre Eier genötigt gesehen hat. Der Kampf ist keineswegs einfach. Die Fruchtbarkeit der ausserordentlich gefährlichen Echsen, die auch nicht vor Angriffen auf Menschen zurückschrecken, ist sehr gross, während das Aufsuchen ihrer Eier sehr schwierig und mit Lebensgefahr verbunden ist. Auf jedes getötete Krokodil sind Kopfprämien ausgesetzt. Die Tingeborenen machen aus der Jagd ein lukratives Geschäft. Es gibt geschickte Jäger, die wöchentlich 100 und mehr Exemplare zur Strecke bringen.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Für Scharfmacher keine Aufträge!

Ein Exempel tut not.

SPD. Die an die Adresse der Berliner Metallgewaltigen gerichtete Drohung des Reichsarbeitsministers, keine Aufträge an Firmen zu vergeben, die durch Massenentlassungen und Überstunden ein schlechtes Beispiel geben, hat den Reichsverband der Deutschen Industrie auf die Beine gebracht. Was der Arbeitsminister forderte, war nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem ist der Reichsverband darüber höchst unwillig, er will, wie verlautet, am Montag beim Reichskanzler sich gegen die Anordnung Stegerwalds beschweren. Allem Anschein nach hat die Drohung des Reichsarbeitsministers die Herrschaften, die sich betroffen fühlen, doch etwas beunruhigt. Bisher haben die Hochmütigen so getan, als lasse sie die Drohung mit Entziehung der Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm höchst gleichgültig. Noch in der Rundfunkdebatte über den Berliner Metallkonflikt fand Herr Oppenheimer, der Syndikus der Metallindustriellen, den Hinweis auf die Möglichkeit von Repressalien durch Auftragsentziehung nur = komisch. Die Metallindustriellen glauben anscheinend felsenfest, dass die Regierung Brüning sich an sie nicht heranwagt. Jedenfalls rechnet sie damit, auf dem Umweg über das Kabinett den Reichsarbeitsminister derart einschüchtern zu können, dass es bei der blossen Drohung bleibt, während sie inzwischen mit dem Abbau der Gehälter und der Angestellten fortfahren.

Die Widerspenstigen im Verband der Berliner Metallindustriellen werden sich erst fügen, wenn sie sehen, dass mit der Auftragsentziehung ernst gemacht wird. Ein Exempel tut gegenüber diesen industriellen Machthabern dringend not. Noch bilden sie sich ein, es gehe ohne sie nicht. Noch glauben sie, sie müssten die ihnen zgedachten Arbeitsaufträge schon deswegen bekommen, weil sie für solche Aufträge eine Art Monopolstellung haben und andere Firmen für die Erledigung kaum in Betracht kommen könnten. Wir sehen nicht ein, warum es nicht ohne die Siemens, Bergmann, AEG und Konsorten geht. Bestimmt kann ein gut Teil der in Frage kommenden Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm durch andere Metallfirmen in Berlin oder im Reich durchgeführt werden. Zunächst gibt es im Verband der Berliner Metallindustriellen selbst Leute, die deutlich erklären, sie dächten nicht daran, die Scharfmacherei der Siemensclique mitzumachen. Sie seien bereit, ihre Leute so weit als möglich über die schwere Zeit durchzuhalten. Was von diesen Firmen gilt, gilt auch von verschiedenen Metallfirmen im Reich, die für die gestoppten Arbeitsaufträge in Betracht kommen.

Der Reichsarbeitsminister sollte kurzen Prozess machen und öffentlich an die Metallfirmen die Aufforderung richten, dass sich diejenigen melden sollen, die bereit sind, ohne Entlassungen und ohne Konflikte mit den Gewerkschaften die vorgesehenen Arbeitsaufträge durchzuführen. Es wäre sogar angebracht, wenn man den Firmen, die ohne Lohn- und Gehaltssenkung auskommen und keine Entlassungen vornehmen, in der Preisfrage etwas entgegenkäme. Gewiss, für einzelne Teile der vorgesehenen Arbeitsaufträge, z.B. Kabel und dergl. haben die Siemens- und AEG-Werke und ihre Konzernbetriebe eine Art Monopolstellung. Das ist aber absolut kein Grund nur den Bockbeinigen gegenüber klein beizugeben. Aufträge, die nur von Siemens und seinen Mitscharfmachern ausgeführt werden könnten, müssen in andere Arbeitsbeschaffungsaufträge umgewandelt

werden. Man kann auch Wohnungen bauen, um auf diese Weise die Arbeit zu vermehren. Der Reichsarbeitsminister wie der Reichsverkehrsminister müssen dann eben zusammen mit der Reichspost Mittel und Wege finden, dass die Arbeitsbeschaffung auf anderen Gebieten verstärkt wird. Wenn sie wollen, brauchen sie sich keineswegs von der Siemensclique ein Schnippchen schlagen zu lassen.

Den Trotzköpfen im Verband der Berliner Metallindustriellen müssen die Zähne gezeigt werden; denn ihre Haltung, über die - abgesehen von den Rechtskreisen - fast die gesamte Öffentlichkeit aufgebracht ist, grenzt an Skandal. Oder ist es kein Skandal, wenn die gleichen Werke, die sich im Metallkonflikt durch ihre Scharfmacherei auszeichnen, in verschiedenen Gegenden des Reichs kleinere Metallfirmen ihrer Branche aufkaufen und stilllegen - und das gerade in verstärktem Tempo in diesen Tagen? In Berlin werden die Angestellten zu Tausenden auf die Strasse geworfen, weil angeblich kein Geld da ist und die Betriebe sparen müssen. Zum Aufkauf und zur Stilllegung von Betrieben, so in Sachsen und Norddeutschland sind jedoch Gelder da. Zunächst hat man amerikanisches Geld und dann kann man ja auch noch die durch die Massenentlassungen eingesparten Gelder dazu benutzen, um Werke aufzukaufen und stillzulegen und noch mehr Arbeiter und Angestellte brotlos zu machen. Die massgebenden Stellen täten gut, sich einmal die Stilllegungsaktionen der Berliner Metallindustriellen etwas genauer anzusehen. Sie würden dann begreifen, warum in Arbeiter- und Angestelltenkreisen eine so ungeheure Erbitterung gegenüber der Siemensclique herrscht.

Die Herrschaften, die in der Berliner Metallindustrie den Ton angeben sind grössenwahnsinnig. Sie brauchen dringend eine kalte Dusche, damit sie wieder zu sich kommen und begreifen, dass ausser ihnen in Berlin noch einige andere Menschen leben wollen. Die Wunderwerke der modernen Elektroindustrie auf die die Elektrogötzen und ihre Götzendiener so stolz sind sind Teufelswerk, wenn sie nur möglich sind durch immer ärgere Vermehrung der Arbeitslosigkeit, durch immer neue Stilllegungen und Konzentrationen und die damit verbundenen Belastungen der Allgemeinheit, die die Opfer des vielbesungenen technischen Fortschritts mit durchfüttern muss.

---

SPD. In der Zentrums Presse wird zur Zeit bei der Erörterung der Probleme der Arbeitslosenversicherung für bezirkliche Aufgliederung in der Gestaltung der Beitragsfestsetzung Stimmung gemacht. Sie weist darauf hin, dass gewisse Teile des Reichs, z.B. Württemberg nur verhältnismässig geringe Arbeitslosigkeit haben und knüpft daran die Frage, ob wir mit dem System der alles übertragenden Zentralisierung der Geldmittel in der Arbeitslosenversicherung auf dem richtigen Wege sind. Das Schöpfen aus dem grossen Topf in Berlin sei verhängnisvoll. So komme man zu keiner Sparsamkeit. Die einzelnen Landesämter bedürften grösserer Beweglichkeit in der Gestaltung der Beitragsfestsetzung; damit werde zugleich erreicht, dass sich die Wirtschaftsführer wie die Arbeitnehmervertreter selbst mehr um die Regelung der Verhältnisse in den einzelnen Bezirken der Landesämter kümmern.

Kaum hat das Zentrum mit der Notverordnung Brüning's eine "Reform" der Arbeitslosenversicherung hinter sich, da hat es schon wieder Lust, an dem Arbeitlosenschutz herumzuboahren. Bezirkliche Aufgliederung ist ebenso wie berufliche Aufgliederung nichts anderes als der Anfang vom Ende des Arbeitlosenschutzes. Bezirkliche oder berufliche Aufgliederung - besser: Zersplitterung der Arbeitslosenversicherung bedeutet nichts anderes, als dass die am schwersten belasteten Bezirke oder Berufe enorm hohe Beitragssätze brauchen. Wenn Württemberg nur geringe Arbeitslosigkeit hat, dann soll es froh sein; denn das allein ist schon viel wert. Die Partikularisten kennen das Deutsche Reich nur immer dann, wenn es ihnen schlecht geht. Sollen sie aber selbst einmal anderen

Reichsteilen helfen, dann ist der Teufel los. Für jeden volkswirtschaftlich und nationalpolitisch denkenden Menschen muss die Solidarhaftung der einzelnen Reichsteile im Risikoausgleich der Arbeitslosenlast eine Selbstverständlichkeit sein. Alle berufliche und bezirkliche Aufgliederung der Arbeitslosenversicherung ist nichts anderes als Rückschritt: bezirklich zum Partikularismus und beruflich zum faschistischen Ständestaat.

Man sieht, die freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind in ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung wieder einmal die Vorkämpfer für nationale Solidarität. Sie sind Patrioten der Tat.

---

SPD. Die "Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit A.G." ist also gegründet. Es war Zeit, dass für den Ausbau der Notstandsarbeiten etwas geschah. Die Hauptfrage ist nun, ob in den Aufsichtsrat auch genügend Sachverständige aus den Kreisen der Gewerkschaften kommen, die das Zeug dazu haben, etwas für die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu tun. Hoffentlich wird die Zusammensetzung des Aufsichtsrates glücklicher als die des Vorstandes, die, vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen, einseitig ausgefallen ist.

Auch in der Besoldung der leitenden Persönlichkeiten der Gesellschaft muss gleich von vornherein dafür gesorgt werden, dass sich nicht später Beschwerden einstellen. Das Beispiel der Reichsbahn zeigt, wie es nicht gemacht werden soll. Ihr gegenüber hat jetzt das Reich seine liebe Not, die Mammutgehälter wenigstens einigermaßen der allgemeinen Beamtenbesoldung anzupassen. Die Gehälter für die Leiter der Notstandsarbeitenbank müssen von vornherein im Rahmen der Beamtenbesoldung bleiben. -

+ + +

Die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn muss, wenn sie arbeitsmarktpolitisch Linderung bringen soll, vor allem in den Bezirken Arbeit beschaffen, die von der Krise besonders heimgesucht sind. Die Reichsbahn greift bei ihren Oberbauarbeiten begreiflicherweise gerne auf ihre bereits früher verwendeten Fachkräfte zurück. Dass damit noch nicht ohne weiteres auch gerade dort eine Nachfrage nach Arbeitskräften entsteht, wo Not am Mann ist, liegt auf der Hand. Umso mehr müssen die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter sich rühren, wenn die Hauptbelastungsgebiete bei der Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn nicht zu kurz kommen sollen.

---

SPD. In Basel sind dank der hemmungslos gewalttätigen Politik der Kommunisten die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft aufs ärgste eingeschränkt worden. Die Regierung hatte gegen die seit Wochen streikenden Holzarbeiter und Gipser ein Streikpostenverbot und ähnliche Ausnahmebestimmungen ergriffen. Die Sozialdemokraten verlangten daraufhin im Baseler Kantonparlament die Aufhebung dieser Bestimmungen. Die bürgerlichen Parteien stellten sich jedoch in genügend grosser Mehrheit auf die Seite der Regierung, sodass die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt wurden.

## Die Kohlenkrise.

von Heinrich Löffler.

SPD. Die Produktion des Kohlenbergbaus war im ersten Halbjahr 1930 wesentlich geringer als die in der gleichen Zeit des Vorjahres und besonders geringer als die des zweiten Halbjahres 1929. Zwei Gründe sind dafür bestimmend: die allgemeine Wirtschaftskrise und der letzte milde Winter. Die Produktion des Braunkohlenbergbaus wurde besonders hart durch den milden Winter betroffen, denn das von ihm erzeugte Brikett ist in der Hauptsache ein Hausbrandprodukt. Seine Produktion ist denn auch am stärksten rückgängig gewesen. Die Gesamtproduktion des Kohlenbergbaus betrug:

	I. Halbjahr 1929	II. Halbjahr 1929	I. Halbjahr 1930
	( in Millionen Tonnen )		
Steinkohle	78,48	84,95	73,34
Koks	18,89	19,95	17,49
Braunkohle	84,62	89,40	71,77
Braunkohlenbriketts	20,33	21,93	16,60

Gegen den Durchschnitt der beiden Halbjahre 1929 beträgt der Produktionsrückgang im ersten Halbjahr 1930 = 7,85 Millionen Tonnen Steinkohle, 1,75 Millionen to Koks, 15,24 Millionen to Braunkohle und 4,53 Millionen to Braunkohlenbriketts. Es bestehen keine Aussichten, dass die Produktion im zweiten Halbjahr 1930 gesteigert werden könnte. Nachteilig ist, dass die gesenkte Produktion nicht einmal voll abgesetzt werden konnte. Zum Jahresschluss 1929 waren die Haldenbestände der Kohlensyndikats nicht besonders anormal. Ende Juni 1930 waren sie aber auf 10 Millionen to Steinkohle (Zechenkoks einbegriffen und auf Steinkohle zurückgerechnet) und auf 2 Millionen to Briketts angestiegen. Der Wert dieser Haldenbestände kann auf 200 Millionen Mark veranschlagt werden.

Die Gestaltung der Produktion in den einzelnen Steinkohlenrevieren ist nicht einheitlich:

	I. Halbjahr 1929	II. Halbjahr 1929	I. Halbjahr 1930
	( in Millionen Tonnen )		
Ruhrgebiet	59,23	64,37	55,91
Oberschlesien	10,58	11,40	8,67
Niederschlesien	3,02	3,07	2,91
Aachen	2,86	3,17	3,28
Sachsen	2,06	2,10	1,80
Niedersachsen	0,73	0,80	0,75

Im oberschlesischen Bergbaurevier, dessen Förderung in den letzten Jahren sehr angestiegen war, ist der Förderrückgang am stärksten. Er beträgt 21,1% im ersten Halbjahr 1930 gegen den Durchschnitt der beiden Halbjahre 1929. Im Ruhrgebiet beträgt der Förderausfall in der gleichen Zeit 9,53% und in Sachsen 13%. Während der Rückgang in Niederschlesien und Niedersachsen nur gering ist, hat das Aachener Steinkohlenrevier, eine Ausnahme, eine Förderzunahme aufzuweisen.

Die Braunkohlenförderung und Braunkohlenbriketterzeugung hat in den wesentlichsten Produktionsbezirken folgende Entwicklung aufzuweisen:

	I. Halbjahr 1929	II. Halbjahr 1929	I. Halbjahr 1930
	in Millionen Tonnen		
<u>Braunkohlenförderung:</u>			
Ostelbien	23,04	24,43	19,49
Mitteldeutschland	34,50	36,27	27,-
Rheinland	25,95	27,91	24,25
<u>Briketterzeugung:</u>			
Ostelbien	6,32	6,92	5,20
Mitteldeutschland	7,84	8,63	5,87
Rheinland	5,94	6,30	5,50

Den stärksten Produktionsrückgang hat Mitteldeutschland mit 26,8% bei der Rohkohlegewinnung und mit 28,6% bei der Briketterzeugung im Vergleich zum Durchschnitt der beiden Halbjahre 1929. Ostelbien hat einen Rückgang von 18% bei der Kohlenförderung und 21,1% bei der Briketterzeugung und das Rheinland in beiden Produkten einen Ausfall von 10%, immer das erste Halbjahr 1930 in Vergleich gebracht zum Durchschnitt der beiden Halbjahre 1929. Das sind zum Teil erschreckend hohe Produktionsausfälle.

Die Produktion wurde gesenkt durch Arbeiterentlassungen und Feierschichten. Die bergmännische Belegschaft des Ruhrbergbaus ging von 361 859 Mann am 31. Januar 1930 um 45 569 Mann auf 316 290 Mann am 30. Juni 1930 zurück. In Oberschlesien sank die Belegschaft in derselben Zeit von 60 400 auf 46 728 oder um 13 672 Mann. Im sächsischen Steinkohlenrevier hat sich die Belegschaft in 5 Monaten um 3300 Mann vermindert und in Niederschlesien um 2644. Die Periode der Belegschaftsverminderung scheint noch längst nicht überwunden zu sein. Mehrere grosse Konzerne des Ruhrbergbaus haben erneut Entlassungsanträge gestellt. Im ober-schlesischen Steinkohlenggebiet ist ebenfalls mit weiteren Entlassungen zu rechnen, wenn das Handelsabkommen mit Polen ratifiziert wird, wonach Deutschland verpflichtet ist, 350 000 Tonnen polnische Steinkohle im Monat in sein Gebiet einzulassen. Als einziges Steinkohlenrevier hat Aachen eine geringe Belegschaftszunahme. Im Braunkohlenbergbau hat sich die Belegschaft bis 30. Juni 1930 um 14 000 Mann gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1929 vermindert, so dass im Laufe dieses Jahres rund 80 000 Bergarbeiter freigesetzt wurden. Das sind bedauerliche Auswirkungen einer anscheinend noch nicht abgeschlossenen Wirtschaftskrise.

Die noch beschäftigte Belegschaft steht unter schärfstem Druck der Feierschichten, die eingelegt werden, um die Produktion einzuschränken, damit die Haldenbestände nicht ins Unermessliche wachsen. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1930 wurden allein im Ruhrbergbau 4 810 000 Feierschichten wegen Absatzmangel eingelegt. Da der Barverdienst eines Ruhrbergmannes 9 Mark je Schicht beträgt, ist für die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft durch die Feierschichten ein Lohnausfall von 43,29 Millionen Reichsmark entstanden. Im ober-schlesischen Steinkohlenrevier wurden von 1. Januar bis 30. Juni 865 000 Feierschichten aus gleichen Gründen eingelegt. Da der durchschnittliche Barverdienst in diesem Revier 6,85 Mark beträgt, beläuft sich der durch die Feierschichten erwirkte Lohnausfall auf 5,92 Millionen Reichsmark. Im Verhältnis sieht es in den anderen Bergbaubezirken, abgesehen von dem bei Aachen, nicht besser aus.

Bei voller Beschäftigung sind die Bergarbeiter mit ihrem Einkommen schon nicht auf Rosen gebettet. Da sie nun aber schon seit Monaten unter Feierschichten zu leiden haben, sind die bisher noch in Arbeit gebliebenen Bergleute nicht jehr weit von einem wahren Notstand entfernt und es ist noch nicht abzusehen, wann sich diese Lage zum Besseren wenden wird.

SPD. Die Ueberwindung des Juliultimos ist mit einer zusätzlichen Beanspruchung des Reichsbankkredits, wie aus dem Reichsbankausweis für die Woche vom 31. Juli hervorgeht, in Höhe von 444,2 Millionen Mark durchgeführt worden.

Dabei hat man allerdings stark auf die sogenannten fremden Gelder zurückgegriffen, die sich um 269,3 Millionen Mark auf 397,6 Millionen Mark verminderten. In diesen fremden Geldern stecken Steuereinnahmen des Reichs usw. und u.a. auch die Reste der Kreugeranleihe. Der Wirtschaft stand also für die Ueberwindung des Juliultimos im erheblichen Ausmass öffentliches Geld zur Verfügung.

Die Gesamtbeanspruchung des Reichsbankkredits steigerte sich auf 2030 Millionen Mark gegenüber 2070,5 Millionen Mark im Vormonat. Vor einem Jahre machte sie noch 2890,7 Millionen Mark aus. Die Bestände an Wechseln und Schecks stiegen um 332,1 Millionen auf 1759,3 Millionen Mark an. Im Vormonat war eine Steigerung um 429 Millionen auf 1777,1 Millionen Mark festzustellen.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 79,2 Millionen auf 2879,6 Millionen Mark erhöht. Die Goldbestände nahmen um 30 000 Mark auf 2618,7 Millionen Mark ab. Die Steigerung bei den Devisen macht demnach 79,2 Millionen Mark aus (Gesamtbestand 260,5 Millionen Mark) Das Konto "sonstige Aktiven" zeigt jedoch eine Verringerung von 69,8 Millionen Mark. Die Verringerung dürfte auf den Abfluss von Devisen zurückzuführen sein. Demnach stellt sich die Steigerung bei den Beständen an deckungsfähigen Devisen lediglich als eine Umbuchung dar. Man hat Devisen, die man bisher unter "sonstige Aktiven" buchte, zu den Beständen an deckungsfähigen Devisen geschrieben.

Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 56,5% gegen 66% in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 62,1% gegen 70,6%.

Die Einschränkung des Zahlungsmittelumschs hat sich weiter fortgesetzt. Er liegt gegenwärtig auf der Höhe von 6,2 Milliarden Mark gegenüber 6,3 Milliarden im Vorjahr.

-----

SPD. Am Sonnabend haben im Reichsernährungsministerium, das durch Herrn Schiele immer mehr zu einem Ministerium zur Ernährung der Grossagrarien wird, Besprechungen über einen Erbsenzoll stattgefunden. Die vorliegenden Projekte gehen dahin, einen besonderen Zoll für Futtererbsen und Esserbsen zu schaffen. Den Futtererbsenzoll will man niedriger halten als den Esserbsenzoll, den man so hoch greift, dass sich eine Verteuerung von 10 bis 15 Pfennigen pro Pfund ergeben wird. Aber auch für Futtererbsen dürfte durch den neuen Zoll eine erhebliche und für den Tierhalter unerträgliche Belastung eintreten.

Der Preisabbaukanzler Dr. Brüning hat sich vor einigen Tagen an den Reichswirtschaftsrat gewandt, damit dieser ihm sage, wo und wie er mit der Notverordnung gegen den Kartellwucher vorzugehen habe. Das war ziemlich unnötig. Notwendig erscheint, dass der Preisabbaukanzler die verschärfte Kartellverordnung einmal gegen seinen Reichsernährungsminister mobil macht. Das Reichsernährungsministerium ist heute nichts anderes als der Ausdruck eines Kartells, das die Preise für Agrarartikel durch alle möglichen und unmöglichen Massnahmen herauftreibt. Hier liegt wirklich unwirtschaftliche Preisbindung und Preisbildung vor. Aber das will der Preisabbaukanzler nicht sehen.

-----

SPD. Sämtliche Betriebe der Ryan-Flugzeug-Corporation in St. Louis (Amerika) sind, wie unser New Yorker Berichterstatter meldet, wegen der Wirtschaftsdepression stillgelegt worden. Durch die Stilllegung werden zahlreiche Arbeiter brotlos. Die Werkstätten hatten bereits im letzten Halbjahr verkürzt gearbeitet.

-----

Abgeschwächt.

( Berliner Getreidebörse vom 2. August.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend recht schwachen Besuch. Die Stimmung war - durch die günstigere Witterung beeinflusst - abgeschwächt. Das kam namentlich am Markte der Zeitgeschäfte zum Ausdruck, wo Weizen etwa 1 bis 2 Mark verlor. Auch Roggen ging zurück und wurde deshalb für die späteren Sichten gestützt. Im Handel mit prompter Ware konnte der stärker angebotene Weizen nur zu um ca. 2 Mark niedrigeren Preisen Unterkunft finden. In Roggen war die Geschäftstätigkeit gering; aber auch hier waren leichte Preisabschläge zu verzeichnen. Mehl blieb leblos; die Roggenmehlpreise behaupteten sich, Weizenmehl war stärker angeboten und nachgebend. Hafer hatte ruhigere Stimmung.

	<u>1. August.</u>	<u>2. August</u>
	(ab märkische Station	in Mark)
Weizen	260 - 262	255 - 257
Roggen	159 - 161	159 - 161
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	-	-
Hafer	174 - 197	174 - 197
loco Mais Berlin	180 - 188	180 - 188
Weizenmehl	-	-
Roggenmehl	31,25 - 38,75	31,00 - 38,50
Weizenkleie	22,50 - 25,10	22,50 - 25,00
Roggenkleie	9,65 - 10,25	9,65 - 10,25
	9,75 - 10,40	9,75 - 10,40

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen September 257 $\frac{1}{2}$  (Vortag 259), Oktober 259 (261), Dezember 266 (267 $\frac{1}{2}$ ), Roggen September 173 $\frac{1}{2}$  (174 $\frac{1}{2}$ ), Oktober 178 (178 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 187 (187), Hafer September 181 (183), Oktober 184 $\frac{1}{2}$  (186 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 188 (189 $\frac{1}{2}$ ).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 2. August: I, 145 Mark, II, 135 Mark, III, 119 Mark je Zentner. Die Verkaufspreise des Großhandels stellten sich für den Zentner Inlandsbutter Ia-Qualität auf 163 - 166 Mark, für IIa - Qualität auf 157 - 162 Mark und für dänische Butter auf 170 - 175 Mark. Tendenz: ruhig.

SPD. Das dänische Landwirtschaftsministerium hält am 6. August, wie unser Kopenhagener Berichterstatter meldet, eine Sitzung mit den landwirtschaftlichen Organisationen ab, in der man sich über Butterexportfragen unterhalten wird. Wahrscheinlich wird dieser Sitzung eine Aufforderung der holländischen Interessentenverbände vorliegen, die dahin geht, dass Dänemark sich an dem Boykott gegen die Einfuhr und den Kauf deutscher Waren beteiligt. Einige Landwirtschaftskreise in Dänemark sind dafür, dieser Aufforderung Folge zu leisten, sofern die deutsch-finnischen Vereinbarungen sich nicht zerschlagen werden.